Zeno-Zeitung

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Bezugspreis: Abholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter (Preisliste Nr. 5, gültig vom 15. 2. 35).
Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Tenkingstraße 14 (K. Quirmbach), Gneisenaustraße 85 (H. Querbach), Potsdamstraße 2 (W. Hoves). — Geschäftsstelle Rhede: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Nummer 93 | Donnerstag, den 4. April 1935 | Jahrgang 1935

Der Erfolg des Winterhilfswerkes: 362 Millionen Mark!

Die Leistungen des Vorjahres übertroffen. — Der Führer dankt dem Volke.

Eine soziale Ruhmestat.

DNB Berlin, 3. April.

Wie das vorläufige Ergebnis des Winterhilfswerkes 1934/35 zeigt, konnten in fünf Monaten 362 Millionen Mark aufgebracht werden, während im Winter 1933/34 in sechs Monaten das Gesamtergebnis 358 Millionen Mark betrug. Das endgültige Ergebnis für 1934/35 dürfte sich noch um einige Millionen Mark erhöhen.

★

Das zweite Winterhilfswerk des deutschen Volkes ist mit dem 31. März 1935 abgeschlossen. Damit hat wiederum eine Aktion ihr Ende gefunden, deren Ausmaß so ungeheuer ist, daß es kein Beispiel für sie in der Geschichte des deutschen Volkes gibt. 13,5 Millionen Menschen konnten im Winter 1934/35 von der NS-Volkswohlfahrt betreut und vor Hunger und Kälte geschützt werden, und Sach- und Geldspenden in Höhe von 362 Millionen Mark wurden nach der vorläufigen Berechnung in dieser Zeit aufgebracht und an die Bedürftigen verteilt. Die Hauptträger der ungeheuren Arbeitslast des Winterhilfswerkes waren die Gauamtsleiter der NS-Volkswohlfahrt in den Gauen der NSDAP. Sie haben mit außerordentlicher Hingabe und in vorbildlicher Arbeitskameradschaft mit ihren vielen tausenden von Mitarbeitern auch das Winterhilfswerk 1934/35 möglich gemacht.

Der Führer hat daher nach Abschluß des Winterhilfswerkes 1934/35 Gelegenheit genommen, am Mittwoch 13,30 Uhr in der Reichskanzlei den Reichswalter der NSV, Hauptamtsleiter Hilgenfeldt, und seine Gauamtsleiter zu empfangen und ihnen seinen Dank und seine Anerkennung für die geleistete Arbeit auszusprechen.

Reichsminister Dr. Goebbels,

unter dessen Gesamtleitung und Oberaufsicht das Winterhilfswerk stand, stellte bei diesem Empfang die Gauamtsleiter dem Führer vor und gab dann in einer Ansprache die Leistungen des Winterhilfswerkes 1934/35 bekannt.

Die Männer des Winterhilfswerkes, so betonte der Reichsminister in seiner Ansprache, sind wie im vergangenen Jahre auch heute bei Beendigung dieses großen sozialen Hilfswerkes vor Ihnen erschienen, um Rechenschaft abzulegen. Diese Männer haben im vergangenen Winter nicht nur mit großer Freude, sondern auch mit großem Stolz die Sorge getragen, die Sie, mein Führer, Ihnen aufgebürdet haben. Ich habe nun die Freude, Ihnen die vorläufigen Zahlen des diesjährigen Winterhilfswerkes vortragen zu dürfen, und ich kann dabei mit Stolz und Befriedigung feststellen, daß das Winterhilfswerk des ersten Jahres durch die Ergebnisse des zweiten Winterhilfswerkes, obwohl nur ein Monat zur Vorbereitung zur Verfügung stand, noch weitaus übertroffen worden ist.

Das Winterhilfswerk 1933/34 hatte ein Gesamtaufkommen von 358 Millionen Mark nachgewiesen, während das Winterhilfswerk von 1934/35 nach der vorläufigen Berechnung, die noch bedeutend überschritten werden wird, bereits ein Gesamtaufkommen von 362 Millionen Mark ergeben hat, obwohl es einen Monat später einsetzte als das Winterhilfswerk 1933/34.

Das deutsche Volk hat sich abermals übertroffen und im zweiten Jahre des Winterhilfswerkes eine noch größere Opferbereitschaft bewiesen als im Jahre vorher.

Von dem errechneten Aufkommen entfallen auf Sachspenden 96 882 000 Mark, auf Geldspenden 265 136 000 Mark. Diese Summen werden sich voraussichtlich sogar noch um Millionen Mark erhöhen.

Ueber die verausgabten Werte liegen bisher endgültige Zahlen erst bis zum 31. Januar 1935 vor. Es fehlen also noch zwei sehr wichtige Monate. Bis zum 31. Januar sind ausgegeben worden:

für rund 56 Millionen RM. Brennmaterialien,
für rund 59 Millionen RM. Kartoffeln,
für fast 17 Millionen RM. Brot und Mehl,
für 11 Millionen RM. Fleisch u. Fleischkonserven,
für 21 Millionen RM. Lebensmittelgutscheine,
für 35 Millionen RM. Kleidungsstücke,
für 6 Millionen RM. Fische.

Ein neuer Beweis für die Wirtschaftsbelebung im neuen Deutschland und das Absinken der Arbeitslosigkeit ist die Tatsache, daß im Winter 1933 noch 16 617 681 Menschen betreut werden mußten, während im Jahre 1934/35 durchschnittlich nur 13 486 000 Menschen zu unterstützen waren.

Neben der unmittelbaren Wirkung des Winterhilfswerkes sind weiterhin die indirekten Auswirkungen nicht zu unterschätzen. So wurde zum Beispiel u. a. der Arbeitsmarkt der Fischereihäfen-Städte günstig beeinflußt; allein in einem Monat wurden über 31 v. H. der gesamten Anlandungen an Seefischen vom Winterhilfswerk aufgenommen. 76 Millionen Plaketten und Abzeichen mit einem Gesamtherstellungspreis von fast 4 Millionen RM. wurden in deutschen Notstandsgebieten hergestellt und sind hilfsbedürftigen Heimarbeitern zugute gekommen.

Neben diesen statistisch erfaßbaren materiellen Opfern des deutschen Volkes ist auch die innere Anteilnahme aller Bevölkerungskreise an dem hohen Gedanken dieses sozialen Hilfswerkes bei weitem größer als im Vorjahr gewesen. Aus der Fülle der vielfältigen Mühen und Arbeiten, die ganze Berufskreise, Verbände und Organisationen zu Gunsten des Winterhilfswerkes auf sich genommen haben, sei nur der „Tag der nationalen Solidarität" erwähnt, der alle führenden Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Deutschlands mit der Sammelbüchse auf der Straße sah und einen Rekorderfolg darstellte. Es sei ferner an das „Volksweihnachten" auf den Straßen und Plätzen der Städte erinnert, das im ganzen deutschen Volke begeisterten Widerhall gefunden hat.

Schließlich sei auch die Patenschaftsarbeit nicht vergessen, die mit ihrer persönlichen Liebestätigkeit von Mensch zu Mensch einer Verinnerlichung und einer wahrhaft nationalsozialistischen Durchdringung des Winterhilfsgedankens die Wege bahnt.

Das deutsche Volk hat mit dem diesjährigen Winterhilfswerk, das trotz der immer noch nicht überwundenn Wirtschaftsnot, trotz der Belastung Deutschlands mit gewaltigen und kostspieligen Aufgaben abermals einen überwältigenden Erfolg gegeben hat, der Welt wieder ein Beispiel von innerer Geschlossenheit und politischer Willenskraft gegeben, auf den es stolz sein kann.

Mein Führer, so fuhr Reichsminister Dr. Goebbels fort, die Männer, die hier vor Ihnen stehen, vertreten und repräsentieren Millionen von unbekannten Helfern, die sich fünf Monate lang meistens die ganzen Sonntage und bis in die späten Nachtstunden hinein für das Winterhilfswerk zur Verfügung gestellt haben. Sie möchten im Namen dieser vielen Millionen Ihnen, mein Führer, den Dank aussprechen, daß Sie ihnen eine so schöne und so stolze Aufgabe anvertraut haben. Sie sind aber auch stolz darauf, zu gleicher Zeit das ganze deutsche Volk repräsentieren zu können, das sich in diesem sozialen Hilfswerk selbst ein Denkmal gesetzt hat, das härter und dauerhafter sein wird als Stein und Erz.

Der Dank des Führers an die Nation

In einer Ansprache dankte dann der Führer allen für die große Arbeit, die sie geleistet haben und bat sie, auch den Dank auszudrücken all den Millionen, die mitgeholfen haben und darüber hinaus dem ganzen deutschen Volke, das durch seine Opferwilligkeit dieses Werk gelingen ließ. So groß die soziale Leistung gewesen sei, so groß sei auch praktisch damit die politische Leistung. Diese Arbeit des Winterhilfswerkes habe dem nationalsozialistischen Deutschland vor der ganzen Welt zur Ehre gereicht. Es sei eine sozialistische Demonstration des heutigen Regimes, und es wirke als soziale Demonstration weit über die Grenzen Deutschlands hinaus.

Mit dem Ausdruck des Dankes verband der Führer die Bitte an die Amtswalter des WHW. sich auch im nächsten Herbst wieder mit ihrer ganzen Kraft zur Verfügung zu stellen. Denn das Winterhilfswerk werde auch in der Zukunft die große Aufgabe haben, die deutsche Volksgemeinschaft zu vertiefen. Es wäre auch möglich gewesen, einfach auf dem Wege der Steuergesetzgebung einen Betrag von 300 oder 400 Millionen Reichsmark einzuziehen und diesen Betrag dann irgendwie zu verteilen.

Aber der moralische, seelische und geistige Erfolg würde nicht ein Zehntel von dem jetzigen sein. Es sei ein Unterschied, ob man 350 Millionen Mark als Steuer einbringe oder ob man diesen Betrag einbringen lasse durch das soziale Gewissen der Nation, durch das Gefühl und das Herz des Volkes. Aber gerade diese Haltung sei charakteristisch für das nationalsozialistische Deutschland. Das Winterhilfswerk sei das sicherste Zeichen dafür, daß die nationalsozialistische Revolution schon jetzt auch zu einer inneren geistigen Revolutionierung unseres Volkes geführt habe. Das sei mit ein Grund dafür, daß wir in alle Zukunft auf das Winterhilfswerk nicht verzichten dürfen.

Der Führer sprach die Hoffnung aus, daß das Ergebnis des Winterhilfswerkes sich immer mehr steigere. Millionen von Menschen würden erkennen, daß es nicht nur ein Glück sei, beschenkt zu werden, sondern ein viel größeres Glück, selbst zu schenken. Schon heute werde es im Gegensatz zur Zeit vor wenigen Jahren immer mehr als eine Ehre angesehen, für die notleidenden Volksgenossen sammeln zu dürfen.

Das Winterhilfswerk, so betonte der Führer nachdrücklichst, sei für uns ein Beweis, daß wir mehr sind als eine bunt zusammengewürfelte Menschenmasse, sondern daß wir uns alle miteinander verbunden fühlen in guten und in schlechten Tagen.

Der Führer schloß mit dem nochmaligen Ausdruck herzlichsten Dankes an die Gauamtsleiter der NSV für die geleistete Arbeit, an die unzähligen Mitarbeiter des Winterhilfswerkes und an das ganze deutsche Volk. Dem für die Durchführung des Winterhilfswerkes verantwortlichen Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Reichsleiter Dr. Goebbels, sprach er in herzlichen Worten seinen Dank aus.

Im Anschluß an den Empfang waren die Gauamtsleiter des Winterhilfswerkes Gäste des Führers beim Mittagessen in seiner Wohnung und hatten die große Freude, noch einige Zeit in angeregter Unterhaltung bei ihm verbleiben zu dürfen.

Polnische Denkschrift über die Friedenssicherung.

Lordsiegelbewahrer Eden von Warschau nach Prag abgereist.

Die Gerüchte über den Kompromißvorschlag zur Ostpaktfrage.

◇ Warschau, 3. April.

Lordsiegelbewahrer Eden ist mit seiner Begleitung heute nachmittag kurz nach 5 Uhr von Warschau in einem von der polnischen Regierung zur Verfügung gestellten Salonwagen mit dem Schnellzug nach Prag abgereist. Die Besprechungen, die er gestern und heute hier geführt hat, haben sich in der Hauptsache um den Ostpakt bewegt. Das über den Besuch ausgegebene amtliche Kommuniqué betont, wie das auch von den maßgeblichen polnischen Stellen in diesen Tagen immer wieder geschehen ist, den lediglich informatorischen Charakter der Unterredungen. Im übrigen ist es reichlich nichtssagend. Es lautet:

„Während seines Aufenthaltes in Warschau wurde Lordsiegelbewahrer Eden vom Staatspräsidenten und vom Marschall Pilsudski empfangen. Außerdem hatte Eden mehrere Besprechungen mit Außenminister Beck. Eden unterrichtete Beck über den Verlauf der Besprechungen, die die englischen Minister kürzlich in Berlin und Moskau auf der Grundlage der durch das Londoner Kommuniqué vom 3. Februar festgelegten Richtlinien geführt haben. Im Laufe der Unterredungen mit Eden, die in einer offenen und freundschaftlichen Atmosphäre geführt wurden, hat Beck Eden über die Ansichten der polnischen Regierung über die in dem Kommuniqué berührten Fragen und über die allgemeine internationale Lage unterrichtet. Die beiden Minister waren sich einig in der Erkenntnis, daß ihr Meinungsaustausch, der einen informativen Charakter hatte, seinen Zweck erfüllt hat. Sie unterstrichen die Zweckmäßigkeit der Aufrechterhaltung eines engen Kontaktes inbezug auf die weitere Entwicklung der politischen Lage in Europa."

Das Kommuniqué bietet also keine Ueberraschungen. Es zeigt, daß keinerlei Entscheidungen gefallen und keine Beschlüsse gefaßt worden sind.

Man darf die Mitteilung als Ausdruck dafür auffassen, daß die ablehnende Einstellung der polnischen Regierung gegenüber dem bisherigen Ostpaktprojekt unverändert geblieben ist und daß Eden die Gründe für die polnische Haltung eingehend auseinandergesetzt worden sind. Darüber hinaus kann nach den hiesigen Informationen angenommen werden, daß Polen sich bereit erklärt hat, an einer Friedensorganisation teilzunehmen, sofern ihr die Fehler nicht anhaften, die Polen eine Zustimmung zu dem bisherigen Ostpaktentwurf unmöglich gemacht haben.

In diesem Zusammenhang ist auf die sich in Warschau hartnäckig behauptenden Gerüchte über einen Kompromißvorschlag zur Ostpaktfrage zu verweisen, der bei der Aussprache mit Eden aufgetaucht sei. Es zeige sich darin das Bestreben,

Polen den Beitritt zum Ostpakt zu ermöglichen, indem auch ihm die Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfeleistung gestrichen und dafür eine Konsultation der Mächte eingesetzt würde. Erst nach einer solchen Konsultation könnte dann durch die Unterzeichner des Ostpaktes über die Stellung von Waffenhilfe beschlossen werden.

In amtlichen Kreisen werden aber diese Gerüchte nicht bestätigt. Man hört, daß Polens politischer Standpunkt unverändert sei. Polen sieht offenbar in der durch seine Verträge mit Deutschland und Sowjetrußland geschaffenen Lage immer noch eine bessere Sicherung als in vielseitigen Abkommen, die die Gefahr in sich bergen, daß Polen in eine deutschfeindliche oder Rußland-feindliche Gruppierung einbezogen wird.

Wie man hört, hat Minister Beck in einer ausführlichen Denkschrift die Stellungnahme der polnischen Regierung zur Frage der Friedenssicherung dargestellt und diese Denkschrift Eden überreicht.

Alle Entscheidungen über die behandelten Fragen können frühestens bei der Konferenz in Stresa greifbare Gestalt annehmen. Viele in Kreisen der Journalisten umlaufenden Gerüchte wollen wissen, bei dem 1½stündigen Tee-Empfang bei Marschall Pilsudski sei es zu sehr lebhaften Unterhaltungen über die aktuellen politischen Fragen gekommen.

(Siehe auch 2. Seite)

Tagesrundschau.

Deutsche Opferwilligkeit. Wieder einmal verkünden klare Zahlen, wie sehr sich Herz und Hand des deutschen Volkes für den Sozialismus der Tat öffnen, wenn es dazu aufgerufen wird. Erbrachten die Sammlungen für das Winterhilfswerk in den sechs Monaten von 1933/34 358 Millionen RM., so sind in den fünf Monaten, in denen dafür 1934/35 gesammelt und gespendet wurde, nach den bisherigen Feststellungen 362 Millionen RM. aufgekommen, wobei zu erwarten ist, daß die endgültige Summe sich noch um einige Millionen höher stellen wird. Das ist ein Erfolg, der alle Erwartungen übertroffen hat. Der Führer hat an den Opferwillen des deutschen Volkes appelliert, und er ist nicht enttäuscht worden. Während in der übrigen Welt Kriegsgeschrei herrscht, ist das deutsche Volk, unbekümmert darum, seinen Weg der Volksgemeinschaft gegangen und hat es ein glänzendes Werk geleistet, obwohl in dieser Zeit alle Mittel des Staates und der Bevölkerung für andere Zwecke stark angespannt waren. So ist ein Werk der Volksverbundenheit in einer Größe vollbracht worden, wie es einzigartig in der Geschichte dasteht. Hand aufs Herz: Wer hätte erwartet, daß das Ergebnis dieses Jahres die erstaunliche Leistung des Vorjahres noch übertroffen hätte! Und doch ist es so. 13,5 Millionen Menschen sind in diesen Monaten vom Winterhilfswerk unterstützt und vor Hunger und Kälte geschützt worden. Das sind rund drei Millionen weniger, als beim ersten Winterhilfswerk bedacht und betreut werden mußten. Infolgedessen konnte die Betreuung des Einzelnen jetzt besser sein. Dankbar muß aller gedacht werden, die ihren Teil als wahrhaftes Opfer zum Gelingen des großen Werkes beigetragen haben. Der Dank gilt insbesondere den Millionen ungenannter Helfer, die überall selbstlos und uneigennützig unter Aufbietung all ihrer Kräfte dem Winterhilfswerk dienten und seine Durchführung ermöglichten. Nicht vergessen sei aber auch die unübertreffliche technische Leistung, die gewissenhafte und lückenlose Verwaltungsarbeit, wie sie bei der Reichsführung des Winterhilfswerks, in jedem Gau, in jedem Kreis und in jeder Ortsgruppe durchgeführt worden ist. Auch all dieser Männer und Frauen muß mit Dank und Anerkennung gedacht werden. Nicht unerwähnt dürfen auch die besonderen Veranstaltungen bleiben, die mit zu dem Riesenerfolg geführt haben: der Tag der nationalen Solidarität, der Tag der Polizei, die Volksweihnachtsfeiern, die es überall in Deutschland gegeben hat, die zahllosen künstlerischen und sportlichen Veranstaltungen, die sich in den Dienst dieses sozialen Volkswerks gestellt haben, und nicht zuletzt auch die Büchsen- und Pfundsammlungen sowie die Eintopfsonntage. Alles dies kam zusammen, und brachte von neuem eine soziale Großtat zustande, die das deutsche Volk in seiner Gesamtheit mit der Genugtuung erfüllt, zu der ein gutes Werk berechtigt, die aber auch der Welt zeigt, wie treu und fest heute dieses Volk zusammensteht.

★

Vereinheitlichung des akademischen Strafrechts. Eben ist der Tag vorüber, an dem im Zuge der Reichsreform anstelle von 17 obersten Landesjustizbehörden das Reich die Rechtspflege übernommen hat, da tritt schon wieder auf rechtlichem Gebiete eine Vereinheitlichung ein, die zwar nur einen ganz kleinen Teil des großen, noch der Beseitigung bunter Mannigfaltigkeit harrenden Komplexes überkommenen Landesrechts betrifft, die aber doch Beachtung verdient und selbstverständlich namentlich bei allen Volksgenossen, die eine deutsche Hochschule besuchen oder besucht haben, besonderes Interesse finden wird. Mit der Strafordnung des Reichswissenschaftsministers für Studenten, Hörer und studentische Vereinigungen an den deutschen Hochschulen wird das akademische Strafrecht von etwa 70 deutschen Universitäten und Hochschulen aller Art vereinheitlicht, und zwar in einer Form, daß man sagen kann, es handele sich hier um das modernste Strafrecht in Deutschland. Es kennt nur zwei Instanzen, die sich, bedingt durch die Auswahl der Richter, sicherlich als sehr schlagkräftig erweisen werden. Bei der Umgrenzung des Pflichtenkreises, die als sachliche Grundlage für das Verfahren notwendig ist, ist von der Aufzählung vieler Einzeltatbestände, die doch nicht alle möglichen Fälle erfassen kann, abgesehen und statt dessen eine allgemeine Grundvorschrift geschaffen, die den Strafbehörden selbst bei der Bewertung akademischer Verstöße weitgehend freie Hand läßt. Trotzdem handelt es sich nicht bloß um eine abstrakte Formel, wie sie etwa die Beamtendienststrafverordnungen enthalten, sondern um einen inhaltlich klar bestimmten Tatbestand, der neben der selbstverständlichen Gehorsamspflicht gegenüber den akademischen Behörden die durch die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft der Hochschule selbst bestimmten Pflichten und diejenigen gegen Volk und Staat einander gegenüber stellt. In der Hand verantwortungsbewußter Rektoren und Strafausschüsse wird die Neuregelung ihr Teil zur Erneuerung des deutschen Hochschulwesens beitragen. Es ist eine Strafordnung, wie sie der autoritäre Staat

erfordert. Der Rektor, der schon in der Verwaltung weitgehende Befugnisse hat, erhält auch als Richter wieder eine überragende Machtstellung, die ihm beigegebenen Richter bilden einen so kleinen Kreis, daß jederzeit eine rasche Entscheidung gewährleistet sein wird. Oberste und letzte Instanz bleibt selbstverständlich der Wissenschaftsminister, der, das ist auch eine Neuerung, das jederzeitige Eingriffsrecht in allen Fällen hat. Die Strafordnung sieht die Vergehen der Studenten und Hörer vom Ehrenstandpunkt. Es kommen daher die bisherigen Geldstrafen und Karzerstrafen in Fortfall. Andererseits findet eine verschärfte Veröffentlichung (das Anschlagen jeder Strafe am Schwarzen Brett) statt. Außerdem werden alle Strafen in die Papiere des Studenten eingetragen, sodaß dessen Verfehlungen während seiner akademischen Laufbahn jederzeit ersichtlich sind. Die Strafordnung sieht lediglich Strafen gegen Verfehlungen vor, die im Rahmen des Hochschullebens begangen werden. Unberührt bleiben also das allgemeine Strafrecht sowie die SA- und Parteigerichtsbarkeit. Auch die Verfahren, die unter Berücksichtigung von wassenstudentischen Anschauungen bestimmt werden, bleiben unberührt. Vereinigt werden aber durch die Strafordnung die bisherigen Strafbefugnisse der akademischen Behörden und die Strafbefugnisse der Führer der deutschen Studentenschaft. Das Verfahren der Strafordnung paßt sich im wesentlichen der geltenden deutschen Strafprozeßordnung an, wobei davon abgesehen wurde, eine allzu eingehende Regelung für alle Fälle vorzunehmen. Die Rolle des Staatsanwalts und des Untersuchungsrichters ist in der Hand des Rechtsrats der Hochschule, der den Namen Universitätsrat erhalten hat, vereinigt. Damit wird aber auch insofern etwas Neues geschaffen als der Universitätsrat nunmehr nicht mehr in den Kreis gehört, der über die Bestrafung der Studenten zu entscheiden hat, wie das bisher noch Hochschulsatzungen vorsahen. Alles in allem: Wieder ist ein Schritt zur Beseitigung überflüssiger Buntscheckigkeit in deutschen Landen getan, der klar und nützlich ist und der nationalsozialistischer Rechtsauffassung entspricht.

Das Tuberkulose-Hilfswerk der NSV.

Ein neuer Weg zur Bekämpfung der Krankheit und zum Schutze erbgesunden Volksgutes.

Zusätzliche Hilfsmaßnahmen.

DNB **Berlin**, 3. April.

Das Hauptamt für Volkswohlfahrt in der Reichsleitung der NSV hatte anläßlich der jetzt beginnenden großen Aktion gegen die Tuberkulose zu einer Pressevorbesprechung geladen.

Wenn die NSV sich der Tuberkulosebekämpfung zuwendet, so liegt der Grund in der großen Zahl der Tuberkulosekranken.

Zwei Prozent der deutschen Bevölkerung, rund 1 320 000 Menschen, leiden an einer noch nicht zur Ruhe gekommenen und 0,5 bis 0,7 Prozent, also etwa 400 000 Menschen, an einer offenen Tuberkulose.

Die Tuberkulose ist nicht erblich, sondern eine Infektionskrankheit, deren Herde jene 400 000 Kranken sind. Diese Seuche gefährdet erbgesundes Volksgut. Bei allen bisherigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Tuberkulose gab es noch viele Lücken. So gibt es zahlreiche Kleingewerbetreibende, Handwerker, Bauern, Angehörige der freien Berufe, die nicht versichert sind und selbst nicht über die Mittel verfügen, eine Heilkur durchzuführen. Die Versicherungsträger lehnen auch die Bewilligung von Kuren ab, wenn nicht die Aussicht besteht, daß der Kranke bald wieder erwerbsfähig wird. Die Maßnahmen erstrecken sich auch zum großen Teil nur auf den Kranken selbst, der nach einer Kur und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit dann häufig in eine Umgebung zurückkehrt, in der er sehr bald einer neuen Ansteckung anheimfällt.

Der NSV kommt es nun nicht nur darauf an, den einzelnen Kranken zu heilen und seine Erwerbsfähigkeit wiederherzustellen, sondern sie will gerade die Infektionsquellen beseitigen, sie will also gerade diejenigen erfassen, die von keiner anderen Stelle erfaßt werden oder denen von den Versicherungsträgern keine Kur oder eine nur unzureichende gewährt wird.

Sie wird, wenn eine andere Stelle ein Heilverfahren abgelehnt hat, den Grund prüfen und möglicherweise diese Stelle zu veranlassen suchen, ihre Entscheidung einer Nachprüfung zu unterziehen und sich gegebenenfalls an den Kosten beteiligen. Sie wird eine Heilstättenkur dann einleiten, wenn Aussicht auf eine Heilung überhaupt besteht. Sie wendet sich nicht nur dem Kranken selbst zu, sondern auch seinen Angehörigen. Sie will, daß die Familie und die gesamte Umgebung des Kranken gesund wird. Gerade dieser Familienfürsorge schenkt die NSV die weitestgehende Aufmerksamkeit.

Durch wirtschaftliche Unterstützung (Sorge für Kleidung, Ausrüstung, Reiseverpflegung) sorgt sie dafür, daß der von ihr betreute Kranke die Reise antreten kann. Sie bekümmert sich durch Einleitung wirtschaftlicher Hilfsmaßnahmen um die Familie, wenn diese durch die Kur ihres Ernährers in Schwierigkeiten gerät. Sie läßt sich vor allem die Wohnungsfürsorge angelegen sein, sorgt für Aus- oder Umbau gesundheitsschädlicher Räume oder evtl. auch für den Umzug. Sie sorgt für Betten, wo diese fehlen, verschickt auch gefährdete Mütter und Kinder. Neben diesen reinen Hilfsmaßnahmen soll eine ausgedehnte Aufklärungs- und Werbetätigkeit mit Lichtbildreihen und Vorträgen einhergehen und die Warnung vor untauglichen Behandlungsmethoden und geschäftstüchtiger Reklame für bestimmte Heilverfahren. Alle Hilfsmaßnahmen der NSV sind jedoch rein zusätzlicher Natur. Es soll also keinesfalls ein anderer Kostenträger entlastet werden. Die NSV will nur in Lücken springen und dadurch die ganze Tuberkulosebekämpfung vorwärtstreiben und neue Anregungen geben.

Ueber das Organisatorische ist zu sagen, daß das Tuberkulosehilfswerk zunächst in folgenden Gauen durchgeführt wird, Groß-Berlin, Kurmark, Köln-Aachen, Koblenz-Trier, Rheinpfalz-Saar, Essen und Düsseldorf. Die Zahl dieser Gaue soll monatlich erweitert werden, so daß man hofft, bis Ende des Jahres alle deutschen Gaue erfassen zu können. Die Anträge auf Heilstättenbehandlung werden bei den Dienststellen des Amtes für Volkswohlfahrt, des Amtes für Volksgesundheit und den Tuberkulosefürsorgestellen erhältlich und bei den Kreisamtsleitungen des Amtes für Volkswohlfahrt Abteilung Heilverschickung einzureichen sein, von wo sie mit größter Beschleunigung an die Reichsleitung weitergeleitet werden und eine Entscheidung getroffen wird.

Polen bleibt dem Ostpakt abgeneigt.

Feststellungen der „Times".

DNB **London**, 3. April.

Der Sonderkorrespondent der „Times" in Warschau befaßt sich besonders mit der Unterredung zwischen Eden und Marschall Pilsudski, dem einzigen Mann, der endgültige Entscheidungen treffen könne. Die Hauptfrage Edens sei gewesen, welche Haltung Polen gegenüber dem Ostpakt einnehme. Wie im Moskauer Kommuniqué bestätigt würde, bilde dieser Pakt noch immer einen wesentlichen Teil der von Großbritannien befürworteten Vorschläge für die Sicherung des Friedens in Europa.

Wie glaubwürdig berichtet werde, könne Marschall Pilsudski nur die entschiedene Weigerung Polens wiederholt haben, sich an einem Pakt, zum mindesten in seiner jetzigen Form, zu beteiligen. Die Aussichten für den Ostpakt seien daher nicht gut.

Eine Aenderung in der Haltung Polens werde als beinahe unmöglich betrachtet. Die einzige Möglichkeit einer Aenderung würde vielleicht der Besuch Lavals bieten.

Es scheine somit, daß die Organisierung des europäischen Friedens im Osten wie im Westen durch die in der englisch-französischen Erklärung vorgeschlagenen Methoden nicht zustande gebracht werden könne.

In Marschall Pilsudski, dessen Leben dem Kampf für die polnische Unabhängigkeit gegolten habe, sei die Furcht Polens vor einer neuen Teilung lebendig verkörpert. Eine freie Volksabstimmung würde für ihn nach Ansicht urteilsfähiger Leute eine überwältigende Vertrauenskundgebung bringen.

Der Korrespondent führt dann die bereits häufig von polnischer Seite vorgebrachten Argumente gegen den Ostpakt an. Er stellt ferner fest, daß der Ostpakt Polen nicht sehr viel mehr an Sicherheit bieten könne, als es schon besitze. Er verspreche Polen zwar die Unterstützung der baltischen Staaten und der Tschechoslowakei. In Polen erinnere man sich aber noch sehr lebhaft daran, daß im Jahre 1920 während des Krieges mit der Sowjetunion die Tschechoslowakei den Polen die Waffenhilfe versagt habe.

Vor etwas mehr als einem Jahr sei die Bevölkerung von Westpolen noch tief beunruhigt gewesen, weil man an die Gefahr einer deutschen Invasion glaubte. Der deutsch-polnische Pakt habe diese Befürchtungen beseitigt. Aus diesem Grunde sei er volkstümlich. Nachdem es so viel erreicht habe, wolle Polen jetzt nichts tun, um zu Deutschland in Gegensatz zu treten.

In seiner jetzigen Gestalt werde Polen den Ostpakt bestimmt nicht annehmen. Es erhebe nicht so sehr Einwände gegen die Verpflichtung, gegen einen Angreifer automatisch Beistand zu leisten oder zu erhalten, als gegen eine Störung der Sicherheit, die Polen durch seine eigenen Bemühungen sich geschaffen habe. Anders geartete Vorschläge würde es in Erwägung ziehen. Nach glaubwürdigen Informationen habe es aber selbst keine derartigen Vorschläge zu machen. Einen Ostpakt allerdings, der mit der Garantie Großbritanniens ausgestattet sei, würde Polen zweifellos mit Freude annehmen, denn es würde dann wissen, daß es keinen Krieg in Europa geben würde; aber an eine solche Möglichkeit glaube wohl niemand. Auf jeden Fall warte Europa besorgt darauf, welche Gestalt die britische Politik annehmen werde, wenn Eden in London seinen Bericht erstattet hat.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet aus Warschau, zuverlässige Nachrichten besagten,

daß Eden am Donnerstag in Prag feststellen werde, daß die Begeisterung der Tschechoslowakei für einen Ostpakt im Abnehmen sei, es sei denn, daß Polen sich von Anfang an daran beteiligte.

Der Ausspruch von der „Unteilbarkeit des Friedens" bestätige sich immer mehr. Man könne mit Bestimmtheit erwarten, daß die Konferenz von Stresa zwischen folgenden zwei Möglichkeiten werde wählen müssen: 1. Ein ungeordnetes Europa, in dem jeder Staat durch Rüstungen oder Bündnisse sich so gut wie möglich sichern werde; 2. ein neugeordnetes Europa, in dem Rüstungsbegrenzung durch ein eindrucksvolles Abschreckungsmittel gegen Angriffe eines Staates auf einen anderen erzielt werde. Für Europas Entscheidung werde in erster Linie die Haltung der britischen Regierung maßgebend sein.

Die letzten Unterredungen in Warschau

DNB **Paris**, 3. April.

Wie der in Warschau weilende Sonderberichterstatter der Havas-Agentur am Schluß der englisch-polnischen Fühlungnahme berichtet, sollen die letzten Unterredungen sich vor allem auf unmittelbare englisch-polnische Fragen bezogen haben, so auf den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen auf Grund des kürzlich abgeschlossenen Handelsvertrages, die stärkere Benutzung des Hafens von Gdingen seitens der englischen Schiffahrtslinien und die Bezahlung der auf englischen Werften in Auftrag gegebenen polnischen Schiffe. Politisch habe sich am Mittwoch keine Aenderung vollzogen. Die polnischen Kreise trügen einen vorbehaltlosen Optimismus zur Schau. Marschall Pilsudski und Außenminister Beck hätten vor allem den englischen Abgesandten davon überzeugen wollen, daß der polnische Widerstand gegen die Beistandsklausel im Ostpakt nicht auf irgendwelche Warschauer Abhängigkeit von Berlin zurückzuführen sei, sondern im Gegenteil auf Erwägungen, die schließlich auf polnische Belange zurückgehen.

Große Enttäuschung in Paris.

(!) **Paris**, 3. April.

„Ist Polen noch Frankreichs Verbündeter?" fragen die Pariser Zeitungen. Das „Journal de Debats" ist der Ansicht, daß Polen durch den ohne Vorwissen Frankreichs mit Deutschland im Januar 1934 abgeschlossenen Pakt seinen Bündnisvertrag mit Frankreich zu einem Papierfetzen gemacht habe; denn er habe gar keinen Wert mehr, wenn Polen sich nur zur Neutralität gegenüber Deutschland außer im Falle eines unmittelbaren Angriffes gegen Polen selbst verpflichte. Laval habe recht getan, die Einladung nach Warschau anzunehmen, aber er müsse dort offen sprechen.

Die „Information" erklärt, niemand verwehre es Polen, seine eigenen Belange zu verfolgen, aber das dürfe nicht dahin führen, daß es den Anschein habe, als ob Polen auf vielen Gebieten nahezu offen dem mit ihm verbündeten Frankreich entgegenarbeite. Vor der Ostpaktfrage müsse zwischen Frankreich und Polen zunächst erst einmal die Frage der Anwendung des französisch-polnischen Bündnisses gelöst werden.

Die Stärke der deutschen und der englischen Luftflotte.

Deutschlands Sicherheit und das „unheilvolle Anwachsen der militärischen Macht Rußlands". – Folgerungen aus dem Luftpakt.

Erklärungen von Mitgliedern der englischen Regierung.

DNB **London**, 3. April.

Der Abgeordnete Sir Charles Cayser fragte am Mittwoch nachmittag im Unterhaus den englischen Außenminister Sir John Simon, ob ihm Reichskanzler Hitler während der kürzlichen Besprechungen in Berlin irgendeine Andeutung über den gegenwärtigen Umfang und die Stärke der deutschen Luftwaffe gegeben habe. Sir John Simon erwiderte: „Jawohl! Im Verlaufe dieser Besprechungen teilte der deutsche Reichskanzler in allgemeinen Ausdrücken mit, daß Deutschland die Gleichheit mit England in der Luft erreicht hat."

Wie zu erwarten war, hat sich Churchill mit der Unterhausantwort Simons über die Stärke der deutschen Luftmacht nicht zufrieden gegeben. Er machte den Premierminister darauf aufmerksam, daß Simons Antwort inbezug auf der Stärke der Luftstreitkräfte der beiden Länder in unmittelbarem Gegensatz zu den Erklärungen stehe, die von der britischen Regierung bisher abgegeben worden seien. Infolgedessen müßten besondere Vorkehrungen getroffen werden, damit das Unterhaus die Lage besprechen könne.

Ein Teil der Abendpresse veröffentlicht in großer Aufmachung die Antwort Simons.

Inzwischen hat jedoch der Unterstaatssekretär für das Flugwesen, Sir Philipp Sassoon, außerhalb des Unterhauses auf einer Versammlung der Völkerbundsunion eine Rede gehalten, die das gesamte Problem auf seinen richtigen Nenner bringen wird.

Sassoon erklärte, er glaube ehrlich, daß man in dem geplanten Luftpakt ein durchführbares Mittel besitze, um Unsicherheit durch Sicherheit zu ersetzen und auf diese Weise die Hauptursache übertriebener Rüstungen zum Kriege zu beseitigen. Sowohl in Japan als auch in den Vereinigten Staaten haben sich Bestrebungen gezeigt, die Luftstreitkräfte zu verstärken, während Rußland außer der Schaffung eines Heeres von 900 000 Mann jetzt beanspruche, die größte Luftstreitmacht der Welt zu besitzen. Es gebe europäische Nationen, deren Gebiete an die der UdSSR grenzen, die äußerst interessiert „an dem unheilvollen Anwachsen der militärischen Macht Rußlands" sein müßten.

Zu dem Wiederaufrüsten Deutschlands bemerkt Sassoon: Dies ist seit langem der Gegenstand großen Interesses, um nicht zu sagen, großer Besorgnis für das englische Volk gewesen. Es besteht Grund zur Annahme, daß das Tempo des Wiederaufrüstens in Deutschland endgültig beschleunigt worden ist.

Ich hoffe, daß die Besprechungen, die kürzlich zwischen dem Staatssekretär des Aeußern und dem Führer stattgefunden haben, zu einer besseren Kenntnis auf beiden Seiten der Ziele und Absichten unserer beiden Länder führen werden. Wenn sich dies so verhält, so wird es ein großer Gewinn sein. Ein volles Verständnis der Lage der anderen Seite ist eine notwendige Vorbedingung für eine dauernde Vereinbarung.

Auf die Schwierigkeiten eingehend, denen die britische Regierung bei dem Versuch begegne, andere Nationen zu überreden, ihre Luftrüstungspolitik zu ändern, bemerkte Sassoon: Wir haben die Hoffnung nicht aufgegeben; wir werden unsere Versuche nicht aufgeben. Aber wir müssen Europa so nehmen wie es ist. Wir stehen weiterhin an fünfter Stelle unter den Weltluftmächten, und wenn wir uns begnügen, da stehen zu bleiben, wo wir augenblicklich sind, „so würden wir nicht lange vor Deutschland bleiben". Der von Großbritannien und Frankreich in Aussicht genommene Luftpakt ist auf gegenseitige Bürgschaften der Locarno-Nationen gegen Angriffe aus der Luft gegründet. Wenn Großbritannien ein nützlicher Teilnehmer an einem solchen Pakt sein soll, so muß es stark genug sein, um angemessenen Beistand zu leisten, wenn es dazu aufgefordert wird.

Freitag Sondersitzung des britischen Kabinetts.

DNB **London**, 3. April.

Das Kabinett wird am Freitag zu einer Sondersitzung zusammentreten, um den Bericht Edens über seinen Besuch in Moskau, Warschau und Prag entgegenzunehmen. Anfang nächster Woche fahren Sir John Simon und Eden als Vertreter Großbritanniens nach Stresa ab. Premierminister MacDonald wird, wie es bisher vorgesehen ist, wahrscheinlich nicht an den Besprechungen in Stresa teilnehmen. In politischen Kreisen erwartet man keine großen Ereignisse von Stresa, das als natürlicher Abschluß der Reisen Simons und Edens angesehen wird. Dagegen wird das größte Interesse der Sitzung des Völkerbundsrates am 15. April entgegengebracht.

Keine Begründung des Bluturteils von Kowno.

Die endgültige Urteilsfassung von dem Kriegsgericht verkündet.

Dnb **Kowno**, 3. April.

Am Mittwoch vormittag gegen 10 Uhr wurde in öffentlicher Sitzung des Kriegsgerichts Kowno die endgültige Fassung des Urteils im Memelländer Prozeß in Anwesenheit aller Verurteilten verkündet. Eine Urteilsbegründung gibt es beim Kriegsgericht nicht. Verlesen wurde somit nur die Zusammenfassung des Urteils, wie dies bereits am 26. März 1935 beim Abschluß des Prozesses geschah.

Die endgültige Fassung des Urteils mit den Beschuldigungen gegen jeden einzelnen der Angeklagten umfaßt insgesamt 119 Druckseiten. In diesem Urteil werden gegenüber den Hauptbeschuldigten beider Parteien, darunter Dr. Neumann und Bertuleit von der „Sovog" und Saß und Ropp von der CSA, sowie allen bis zu vier Jahren Zuchthaus Verurteilten alle Anschuldigungen der Anklage aufrechterhalten, während die übrigen Verurteilten wegen der Zugehörigkeit zu den beiden Parteien verurteilt wurden. In dem Urteil heißt es, daß die Hauptbeschuldigten im Memelgebiet geheimen von Deutschland aus geleiteten nationalsozialistischen Organisationen angehört hätten, deren Ziel darin bestanden habe, das Memelgebiet durch einen bewaffneten Aufstand von Litauen loszureißen und mit Deutschland zu vereinigen. Sie hätten zu diesem Zwecke geheime Versammlungen abgehalten, bei denen Beratungen über die Losreißung des Memelgebietes von Litauen gepflogen worden seien. Außerdem hätten Verbindungen mit der SA und SS, also mit Gliederungen der NSDAP bestanden. Die Hauptangeklagten hätten außerdem militärische Uebungen gemacht und andere darin unterwiesen. Pries, Boll, Lepa und Wannegat werden nach dem Urteil wegen vorsätzlichen Mordes an dem Justizbeamten Jesuttis im Zusammenhang mit Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes bestraft. Johann und Ernst Wallat (Fall Loops) wegen Ausübung von Terrorakten.

Die Verurteilten können gegen das Urteil bis zum 17. April Kassationsbeschwerde beim Obersten Tribunal einlegen. Die Kassationsbeschwerde darf sich jedoch nur auf formelle Mängel bei der Urteilsfindung erstrecken und nicht auf sachliche Umstände. Das Urteil tritt endgültig in Kraft an dem Tag der Ablehnung der Kassationsbeschwerde durch das Oberste Tribunal. Die Haft zwischen der endgültigen Urteilsverkündung, also dem 3. April 1935 und der Entscheidung des Obersten Tribunals, wird den Verurteilten nicht angerechnet.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob die Angeklagten noch etwas zu erklären oder um etwas zu ersuchen hätten, meldete sich niemand zu Wort. Daraufhin wurde den Verurteilten die Abschrift des Urteils in Form einer Broschüre ausgehändigt.

Die Beisetzung des Bischofs von Mainz.

DNB **Mainz**, 3. April.

Mittwoch vormittag wurde der verewigte Bischof Ludwig Maria Hugo von Mainz unter gewaltiger Anteilnahme der Bevölkerung im Mainzer Dom beigesetzt. Um 9 Uhr setzte sich der große Trauerzug in Bewegung. In langen Reihen zogen die katholischen Vereine, die Schüler der Volks- und höheren Schulen, die Studentenverbindungen und der Diözesanklerus nach dem Dom. Vor dem Leichenwagen schritten Erzbischof Dr. Grogber von Freiburg und die Bischöfe von Speyer, Limburg, Trier, Würzburg und Rottenburg, sowie die Aebte von Schweigberg und Marienstadt. In tiefem Schweigen bewegte sich der Zug langsam durch die Straßen, von der dichtgedrängten Volksmenge ehrfurchtsvoll begrüßt. Im Dom wurde der Sarg vor dem Hochaltar niedergesetzt. Erzbischof Dr. Groeber las das Pontifikalrequiem, das der Domchor begleitete. Bischof Dr. Sproll von Rottenburg gab in seiner Trauerrede ein Lebensbild des dahingeschiedenen Oberhirten und feierte seine Verdienste um Kirche und Vaterland. Dann wurde der Sarg in feierlichem Zuge nach der Bischofsgruft gebracht und dort beigesetzt.

Die öffentlichen Gebäude der Stadt hatten während der Trauerfeier die Fahnen auf Halbmast gesetzt.

Das neue spanische Kabinett.

)(**Madrid**, 3. April.

Der Führer der Radikalen Partei, Lerroux, hat am Mittwoch mittag eine neue Regierung gebildet, die sich nur allein auf seine Partei stützt (Aeußeres: Rocha, Inneres: Portela Valladares). Es handelt sich also um ein Minderheitskabinett. Der neu ernannte Kriegsminister Carlos Masuellet bekleidete bisher das Amt des Chefs des Generalstabes während der Marineminister Javier de Salas das des Chefs des Admiralstabes bekleidete. Diese beiden Minister sind also als Fachminister anzusehen, ebenso wie der Finanzminister Ramon Prieto Bances, der bis zu seiner Ernennung Gouverneur der Bank von Spanien war, und der Unterrichtsminister Alfredo Zabala, der die Leitung verschiedener kultureller Institute innehatte. Die restlichen acht Portefeuilles und das Präsidium werden von Politikern verwaltet, die sämtlich der Radikalen Partei angehören.

Die neue Regierung stellt eine Verlegenheitslösung dar und ist als Uebergangsregierung gedacht. Ihre Lebensdauer wird die 30 Tage nicht überschreiten, für die der Staatspräsident durch ein Dekret die Tagung des Parlaments unterbrochen hat. Gil Robles, der Führer der stärksten Partei, der katholischen Volksaktion, ist entschlossen, die Regierung zu stürzen, sobald sie sich dem Parlament vorstellen wird. Die Unzufriedenheit über diese Lösung der Kabinettskrise ist allgemein.

Frankreich prägt Goldmünzen.

DNB **Paris**, 3. April.

Das Versprechen des Ministerpräsidenten Flandin, die Ausprägung von Goldmünzen beschleunigen zulassen, wird in der französischen Oeffentlichkeit lebhaft begrüßt und der Abwertung der belgischen und luxemburgischen Währung gegenübergestellt. Es handelt sich um Goldlouis von 100 Franken zu 6 Gramm Gewicht.

Es wird einige Zeit dauern, bis die französische Münze der voraussichtlichen Nachfrage entsprechen kann, denn sie kann nicht mehr als 1 Milliarde Goldfranken jährlich ausprägen.

Der schlesische Sejm aufgelöst.

Der Staatsanwalt fordert Auslieferung Korfantys.

DNB **Kattowitz**, 3. April.

Wie die polnische Telegraphenagentur meldet, hat der polnische Staatspräsident mit Verordnung vom 2. April die Schließung der Session des schlesischen Sejm angeordnet. Die Verordnung wurde dem schlesischen Sejmmarschall Wolny am Mittwoch ausgehändigt.

In diesem Zusammenhang hat der Staatsanwalt des Appellationsgerichtes Kattowitz auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Weg an den Senatsmarschall in Warschau den Antrag auf Auslieferung des Senators Korfanty an die Gerichtsbehörden wegen Vergehens gegen § 267 des Strafgesetzbuches (Betrug) gerichtet.